

# Riesauer Tageblatt



Druckanstalt  
Tageblatt Riessa  
Fennel Nr. 20,  
Postfach Nr. 52.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riessa, des Rates der Stadt Riessa, des Finanzamts Riessa und des Hauptamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachamt  
Dresden 1580,  
Verleger:  
Riessa Nr. 52.

Nr. 100.

Mittwoch, 30. April 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abzüge und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pfennige; getrauben- und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife, Bewilliger Rabatt erlischt, wenn der Betrag versäumt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riessa. Wöchentliche Anzeigenbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riessa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riessa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riessa.

## Droht uns eine Lebensvertenerung?

Von Gustav Schneider, R. d. R.  
Überall in Deutschland, namentlich aber in Arbeiterkreisen, fragt man sich heute mit berechtigter Sorge: werden die neuen Zoll- und Steuererhöhungen eine Teuerungswelle hervorrufen? Wird die Beschneidung der letzten Wochen eine allgemeine Erhöhung des Lebensstandards und weiter eine allgemeine Lohnbewegung zur Folge haben? Im Zusammenhang mit diesen Fragen ist eine Unterredung von großem Interesse, die unser Berliner R. d. R. Mitarbeiter mit dem Führer des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, Herrn Reichstagsabgeordneten Gustav Schneider hatte, der sich gerade in den letzten Wochen mit diesem Problem der Teuerungswelle eingehend beschäftigt hat. Herr Schneider ist zu folgenden Schlüssen gekommen: Die Frage, ob die neuen Zoll- und Steuererhöhungen eine Teuerungswelle hervorrufen werden, ist von größter Bedeutung. Namentlich für die Arbeiterverbände müssen uns sehr eingehend mit diesem Problem beschäftigen.

Oberflächlich betrachtet, ist die Sache ja sehr einfach: vermehrte Ausgaben bedeuten die Ware und belasten also den Konsumenten. Bei den gegenwärtig zur Debatte stehenden Zoll- und Steuererhöhungen liegen die Dinge aber doch etwas anders.

Von der Erhöhung der Getreidezölle und der Festsetzung der Höchstpreise erwarte ich keine so gewaltige Teuerungswelle des Konsumpreises. Denn einmal ist der Höchstpreis dem in dem Agrarprogramm festgesetzten Höchstpreis schon angepasst. Außerdem aber glaube ich, daß die vorgelegene Höchstpreisliste trotz der 60 bis 70prozentigen Zoll- und Steuererhöhungen nicht erreicht werden können. Selbst wenn Weizen und Roggen 60 bis 75 Prozent im Preise steigen, werden sie kaum an jene Höchstpreise reichen; denn man muß bedenken, daß nicht nur die 60 bis 70prozentige Erhöhung der Zölle die Preisbildung bestimmt, sondern andererseits die riesigen Getreideeläger — an Roggen sind es mehr als anderthalb Millionen Tonnen — den Preis drücken. Wenn die Regierung die Ermächtigung, im Notfall die Zölle weiter zu erhöhen, aber einmal läßt diese Ermächtigung nur ein Jahr lang. Solange aber die Getreideeläger nicht abgetreten sind, werden wir auch mit höchsten Schutzabgaben nicht die Höchstpreise erreichen. Und vor Jahresfrist werden die Getreideeläger bestimmt nicht vom Markt fortzuschaffen sein. Und nach dieser Jahresfrist...? Wir Demokraten haben immer betont, daß wir die augenblicklichen Agrarmaßnahmen nur als Notstandsmaßnahmen betrachten. Es ging uns nicht um diese Prinzipien, nach einem Jahre etwa die Ermächtigung in der Weise zu verlängern, daß wir für alle Zeiten eine Höchstpreismauer bauen helfen, die eine Einfuhr unmöglich macht. Von der Getreideeläger der erwarpte ich also keinen Fall eine merkliche Teuerungswelle der Lebenshaltung. Bei den Fleischpreisen ist die Lage schon etwas bedenklicher. Namentlich deshalb, weil hier von drei Seiten angegriffen wird: Erhöhung der Viehzölle, der Fleischzölle und die Abdrockung der Geflügelzölle. Aber auch hier sehe ich keinerlei ernste Gefahr. Der Viehzüchter in Dänemark und Norwegen muß seine abgemolkenen Kühe irgendwohin verkaufen, wenn er das Fleisch nicht verkaufen lassen will. Er wird also unter allen Umständen den Export nach Deutschland aufrecht zu erhalten. Da er aber billige Futtermittel verfaßt und auch sonst unter weit günstigeren Produktionsbedingungen arbeitet als sein deutscher Kollege, wird er aller Wahrscheinlichkeit nach auch künftig nach Deutschland exportieren, er wird die neuen Zölle vielfach selbst tragen und trotzdem billiger sein als der deutsche Landwirt. Auch hier ist eine Preissteigerung von wesentlicher Bedeutung kaum zu erwarten. Ebenso werden die Steuererhöhungen, abgesehen von der minderbedeutenden Biersteuer und einigen anderen, nicht in nennenswertem Maße den Konsumenten treffen.

Insgesamt betrachtet muß ich also sagen, daß meiner Überzeugung nach eine Teuerungswelle der Lebenshaltung von größerer Bedeutung aufgrund der neuen Agrar- und Zoll- und Steuererhöhungen nicht zu erwarten ist. Eine solche Teuerungswelle wird vielleicht bei einem Vertreter der Arbeiterbewegung wundernehmen, da ihm ja, wie manche glauben, daran gelegen sei, „durch eine sentimentale Preissteigerungswelle“ die Steuererhöhungen für ihre Zwecke zu benutzen, zu unterstützen. Dadurch, daß jeder von der kommenden Teuerung spricht, wird psychologisch der Boden hierfür erst vorbereitet.

So ist aus dieser Unterredung heraus die Tatsache ersichtlich, daß zum Beispiel die Erhöhung der Zölle auf Getreide, obwohl der Zoll noch gar nicht in Wirkung ist und hauptsächlich erst im Juli nach Abschluß des italienischen und jugoslawischen Handelsvertrages in Kraft gesetzt werden kann. Auch die Benzinerpreise haben weit stärker angezogen, als es durch die Steuererhöhung gerechtfertigt ist, natürlich auf Kosten der Konsumenten. Wir haben daher allen Grund, uns energisch gegen diese Sachlage in keiner Weise begrenzten Sonderproteste einzelner Erwerbszweige zu wenden. Das tun wir aber am besten, wenn wir auftauchende Anlässe einer irgendwie gearteten Teuerungswelle möglichst gleich im Keime zu ersticken suchen.

## Sachsen vor Neuwahlen. Die Haltung der Nationalsozialisten.

### „Fort mit diesem Landtag!“

(Berlin. Zur politischen Lage in Sachsen schreibt der nationalsozialistische Sächsische Beobachter, der bekanntlich in Berlin gedruckt wird, daß außer den Kommunisten selbstverständlich auch die Nationalsozialisten für die Auflösung des Landtages stimmen würden, so daß mit baldigen Neuwahlen zu rechnen sei.

Das Blatt erklärt weiter: „Gewiß haben die Nationalsozialisten zu ungehörigen Malen betont, daß sie eine antimarxistische Regierung, die sich naturgemäß nur aus Bürgerlichen zusammensetzen kann, als das kleinere Übel ansehen. Auf der anderen Seite ist aber auch schon oft genug gesagt worden, daß es jetzt für die Nationalsozialisten genug ist mit der Verhinderung. Nachdem die Demokraten ihr wachsendes Gewicht erhalten haben und mit allen Mitteln die Bildung einer antimarxistischen Regierung verhindert haben, bietet auch eine neue Regierung, selbst wenn die Demokraten aus nicht unberechtigter Angst vor den Neuwahlen klein beigeben, keineswegs Gewähr dafür, daß die Demokraten im entscheidenden Falle nicht wieder Steine in den Weg werfen werden. Für jeden, der leben will, hat sich mehr als deutlich gezeigt, daß eine klare Mehrheitsbildung im Land-

tage gar nicht möglich ist. Wir Nationalsozialisten erheben mit gutem Gewissen erneut die Forderung: Fort mit diesem Landtag, der in keiner Weise ein wirkliches Bild von der Stimmung des sächsischen Volkes gibt.“

Verhalten sich die Nationalsozialisten im Landtag entsprechend dieser Stellungnahme ihres Blattes, dann ist die Landtagsauflösung nicht zu umgehen, weil Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten über die Mehrheit verfügen. Die Neuwahlen würden wahrscheinlich am 22. Juni stattfinden. — Außer den Sozialdemokraten haben übrigens auch die Kommunisten noch einen Auflösungsantrag eingebracht.

### Die nächste Landtagsitzung.

Wie wir erfahren, hat der Landtagspräsident die sozialdemokratische Forderung, den Antrag auf Auflösung des Landtages auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung am 6. Mai zu setzen, abgelehnt. Auf der Tagesordnung stehen nunmehr nur die Wahl des Ministerpräsidenten, ferner die Anträge und Anfragen zu den blutigen Ereignissen in Leipzig und die Vorlage über eine Staatsbürgerschaft für die jugoslawische Bevölkerung.

## Vor einer neuen Krise?

(Berlin. Die Zahl der Ausdrückungen demokratischer Parteiorganisationen, die den Austritt der Demokraten aus der Regierung Brünning fordern, hat sich wiederum vermehrt. Jetzt hat, wie wir bereits geteilt haben, auch der Vorstand der Demokratischen Partei Berlin-Mitte die Forderung der sofortigen Einberufung eines außerordentlichen Reichsparteitagess gestellt mit der Parole, die Beziehungen der Partei zu der Regierung Brünning zu lösen. Der Reichsvorstand der Demokratischen Partei ist zum nächsten Montag einberufen worden. Es wird auch angenommen, daß der Parteivorstand, eine Art verkleinerter Parteitag, Mitte Mai zusammentreten wird. In den führenden Kreisen der demokratischen Partei wird damit gerechnet, daß schon der demokratische Parteivorstand die Trennung der demokratischen Reichspartei von dem Kabinett Brünning und die Zurückziehung des Ministers Dietrich empfehlen wird. Die Situation habe sich in der Zwischenzeit dadurch für die Demokraten geändert, daß die Regierung Brünning sich den Reichsratsbeschlüssen auf Anforderung der ersten Bauräte für den Vanserkreuzer B ausweichen gemacht und daß sie der thüringischen Regierung gegenüber einen Kurswechsel vorgenommen habe. Wenn tatsächlich die Demokraten bei den bevorstehenden Reichstagsverhandlungen zur Opposition gegen das neue Kabinett stehen, so wäre die Regierungsmehrheit stark gefährdet, zumal noch nicht feststeht, ob nicht auch die Wirtschaftspartei aus einer veränderten Haltung der Demokraten Konsequenzen ziehen würde.

Zu dem Zielstreben in der deutschnationalen Fraktion nimmt das Dienstag-Abendblatt der „Arens-Zeitung“ Stellung unter der Überschrift: „Gerichte am Graf Westarp“. Es heißt darin: „Zu der Nachricht, Graf Westarp beabsichtigt, sein Mandat niederzulegen und aus dem politischen Leben auszuweichen, hat sich Graf Westarp noch nicht geäußert. Wie wir zu wissen glauben, ist er entschlossen, auf seinem Posten zu verharren, solange es ihm möglich ist, im Sinne einer Politik zu wirken, die seinen Auffassungen entspricht.“

Zu der vom Grafen Westarp für Donnerstag einberufenen Sitzung der deutschnationalen Fraktion bemerkt die „Arens-Zeitung“, diese Sitzung werde zu Unrecht zu einer Sensation getrieben. Solche Vorbesprechungen von Fraktionsmitgliedern, die denselben Standpunkt vertreten, fanden öfter statt.

## Bann kommt die Abrüstungskonferenz!

(Berlin. Durch den Abschluß der Londoner Flottenkonferenz ist die Frage akut geworden, wann die Abrüstungskonferenz des Völkerbundes ihre Fortsetzung findet. Bekanntlich ist die sogenannte Abrüstungskonferenz vertagt worden, bis ein Ergebnis der Seeabrüstungsverhandlungen vorliegt. Der Rat der Interparlamentarischen Union, der in der letzten Woche in Genf getagt hat, setzte zur Abrüstungsfrage eine Enquete-Kommission, in der der Wunsch an den Völkerbund gerichtet wird, sobald die Abrüstungskonferenz der Abrüstungskonferenz einzuuberufen, um den Zusammenbruch der großen Abrüstungskonferenz zu ermöglichen. Wenn jetzt die Abrüstungskonferenz eine neue Tagung abbält, wird sie insofern reichlich und schweres Arbeitsmaterial vorfinden, als bisher über die hauptsächlichsten Streitpunkte noch keine Einigung erzielt werden

konnte. Hierzu gehört in erster Linie die Frage der ausgebildeten Flotten, bei der Frankreich auf dem Standpunkt steht, daß sie in die Rüstungskategorie nicht eingerechnet werden sollen, während Deutschland natürlich auf Grund der ihm ausgemessenen Wehrverfassung die entgegengesetzte Haltung einnehmen muß. Ein weiterer Streitpunkt besteht in dem sogenannten „potentiell de guerre“, d. h. der Bewertung der wirtschaftlichen Kriegsmöglichkeiten eines Landes. Außerdem hat Frankreich noch eine ganze Reihe unerfüllter Wünsche in der sogenannten Sicherheitsfrage, mit der sie bereits wiederholt Sonderauskünfte befehligt haben. Zur Erhöhung der Sicherheit sind eine ganze Reihe von Schiedsgerichtsentwürfen ausgearbeitet worden. Deutschland wird auf einer neuen Tagung der Abrüstungskonferenz seinen berechtigten Wunsch der Vereinfachung der gegenwärtig bestehenden Rüstungsungleichheit auf das Radbrüchigste zu vertreten haben.

### Das politische Prinzip.

(Berlin. In der Umkehrung des Reichstagsbeschlusses vom 2. März 1929 über die politische Lage Deutschlands durch den Reichsrat hat die politische Lage durch den Austritt der Demokraten aus der Regierung Brünning eine neue Wendung genommen. In der neuen Reichsregierung sind kleinere Gruppen vorhanden, die stark interessenmäßig eingefärbt sind und sich in dieser Richtung auch auswirken suchen. Demgegenüber muß es der Regierung Brünning in erster Linie darauf ankommen, alle Fragen von einem politischen Prinzip aus zu behandeln und den Kampf im Parlament unter der Fahne dieses Prinzips zu führen. Die Reichsregierung hat, wie die „Germania“ meint, eine negative und eine positive Aufgabe. Ihre negative Aufgabe besteht darin, allen Versuchen Widerstand zu leisten, die an die künftige Wirtschafts- und Finanzpolitik von rein interessenmäßigen Voraussetzungen herangehen wollen. Die positiven Aufgaben liegen in der Gestaltung der Reichsreform, der Verwaltungreform und der Finanzreform zu einem harmonischen Ganzen. Sie sind erst dann zu lösen, wenn ein einheitlicher Wille die Führung übernimmt. Zunächst freilich hat das Reichskabinett Brünning die vordringlichsten Tagesarbeiten zu bewältigen, das Ostprogramm, den Reichshaushalt und die Arbeitslosenversicherung. Das sie sich hier durchgekämpft, dann kann sie zu den großen grundsätzlichen Fragen übergehen, zu denen auch die Wahlreform gehört. So denkt man sich im Zentrum die nächsten Arbeiten Dr. Brüning und seines Kabinetts.

konnte. Hierzu gehört in erster Linie die Frage der ausgebildeten Flotten, bei der Frankreich auf dem Standpunkt steht, daß sie in die Rüstungskategorie nicht eingerechnet werden sollen, während Deutschland natürlich auf Grund der ihm ausgemessenen Wehrverfassung die entgegengesetzte Haltung einnehmen muß. Ein weiterer Streitpunkt besteht in dem sogenannten „potentiell de guerre“, d. h. der Bewertung der wirtschaftlichen Kriegsmöglichkeiten eines Landes. Außerdem hat Frankreich noch eine ganze Reihe unerfüllter Wünsche in der sogenannten Sicherheitsfrage, mit der sie bereits wiederholt Sonderauskünfte befehligt haben. Zur Erhöhung der Sicherheit sind eine ganze Reihe von Schiedsgerichtsentwürfen ausgearbeitet worden. Deutschland wird auf einer neuen Tagung der Abrüstungskonferenz seinen berechtigten Wunsch der Vereinfachung der gegenwärtig bestehenden Rüstungsungleichheit auf das Radbrüchigste zu vertreten haben.